

*„Ein Schritt in die richtige Richtung, dem jetzt weitere Schritte folgen müssen“:*

**Der Bundesausschuss politische Bildung (bap) e.V. zum Bericht des  
Kabinettsausschusses der Bundesregierung zur Bekämpfung von  
Rechtsextremismus und Rassismus**

*"Die Bundesregierung versteht die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von zentraler politischer Bedeutung...! Extremistische und terroristische Bestrebungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben substantiell. Rassismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit im Alltag einer Gesellschaft bilden Resonanzräume für solche Bestrebungen."*

1. Grundaussagen des Berichts

Diese zentralen Aussagen im Bericht des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus werden vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap) im Wesentlichen geteilt. Für den bap als Vertretung von mehr als 25 bundesweit tätigen Verbänden und Organisationen der pluralen außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung ist es ein Schritt in die richtige Richtung, dass die Bundesregierung die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als eine „**ressortübergreifende Querschnittsaufgabe**“ ansieht und deshalb unter Beteiligung verschiedener Ressorts einen Kabinettsausschuss eingerichtet hat.

An der konzeptionellen Vorbereitung waren u.a. auch Vertreter\*innen des bap sowie andere zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt. Der Bericht verdeutlicht im Einzelnen die mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verbundenen Zielsetzungen sowie das breite Feld der bisherigen Maßnahmen.

2. „Besondere Bedeutung der politischen Bildung zur Stärkung demokratischer Teilhabe!“

In diesem Zusammenhang hebt der Bericht zu Recht die „besondere Bedeutung“ der politischen Bildung hervor, die er vor allem „in der Entwicklung politischer Kompetenzen und der Stärkung demokratischer Teilhabe“ angesiedelt sieht. Beides - die Entwicklung politischer Kompetenzen sowie die Stärkung demokratischer Teilhabe - sind in der Tat wesentliche und nachhaltige Stabilisatoren für eine friedfertige, auf Vielfalt und Toleranz angelegte politische Kultur und deshalb eine der wirksamsten Präventionen gegen Rassismus und Extremismus.

Wirksam sind sie auch deshalb, weil der Auftrag der politischen Bildung weiter gefasst ist als die unmittelbare Gefahrenabwehr und konstitutiv die Möglichkeit umfasst, ein kritisches demokratisches Bewusstsein zu fördern. Dieses macht für Sachverhalte sensibel, die in unserer Demokratie nicht gut laufen und die zum Besseren weiterentwickelt werden müssten.

Politische Bildung bleibt dabei ein Lernfeld nicht nur für Jugendliche und junge Erwachsene. Angesichts des raschen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wandels ist sie eine ständige Herausforderung für Menschen aller Altersstufen bis ins Seniorenalter. Deshalb betont der Bundesausschuss politische Bildung bei der Bekämpfung von Rassismus und Extremismus sowohl die **politische Jugendbildung** als auch insbesondere die Bedeutung der **politischen Erwachsenenbildung**, die gleichberechtigt in die Bekämpfung dieser Phänomene einbezogen werden muss.

3. „Regelstrukturen ausbauen und stärken!“-  
Übergeordnete Aspekte des künftigen Maßnahmenkatalogs

Der Bundesausschuss Politische Bildung begrüßt die „übergeordneten Aspekte“ des Berichts, die einem künftigen Maßnahmenkatalog zugrunde liegen sollen.

Dabei hat der bap vor allem die Maßnahmen im Blick, die in Bezug auf ein sensibleres Bewusstsein für Rassismus eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten in Staat, Gesellschaft und Wissenschaft unterstützen, vor allem aber diejenigen Maßnahmen, die - in längerfristiger Abkehr von Projektstrukturen – **„Regelstrukturen aller gesellschaftlicher Bereiche ausbauen und stärken“** wollen, um die Prävention gegen Rassismus und Extremismus noch wirksamer und nachhaltiger zu gestalten.

Was die stärkere und dichtere Vernetzung der Akteure anbetrifft, erachten die im bap versammelten anerkannten Träger der politischen Bildung sowohl den „Runden Tisch“ der Bundeszentrale für politische Bildung als auch die interministerielle Arbeitsgruppe zwischen Bundeszentrale und BMFSFJ als wichtige und ausbaufähige Anknüpfungspunkte für eine künftige Austausch-Plattform zwischen den relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Ins Auge zu fassen ist darauf aufbauend ein ständiges selbstverwaltetes zivilgesellschaftliches Forum, das die Migrantenorganisationen einbezieht und das intensiver und enger als gegenwärtig den Kontakt zwischen der angestammten pluralen Trägerlandschaft der politischen Bildung und dem neuen zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rassismus und Extremismus vermittelt und hält. Der Bundesausschuss Politische Bildung steht dafür zur Verfügung.

4. „Maßnahmenkatalog beschließen und umsetzen“-  
Planungssicherheit gewährleisten, fachlichen Austausch etablieren

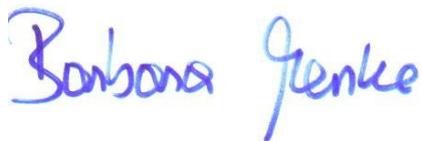
In Hinblick auf die vom Kabinettsausschuss angestrebten „Regelstrukturen“ müssen den starken Absichten allerdings auch - was durch die Corona Pandemie noch dringlicher geworden ist - reale Taten folgen. Nach Ansicht des bap sollten die entsprechenden Fördermaßnahmen für die politische Bildung langfristiger, besser noch strukturell, d.h. dauerhaft abgesichert werden. Die gegenwärtige, in der Regel kurzfristige Projektförderung schafft keine Planungssicherheit. Die Träger der politischen Bildung sind jedoch dringend darauf angewiesen.

Und sie eröffnet darüber hinaus keine hinreichenden Freiräume für pädagogische Innovationen, die für den wirksamen Umgang mit der flexiblen und digital affinen Strategie der aktuellen Demokratiegegner und - feinde so dringend benötigt werden.

Diese Verstetigung sollte für sämtliche Programme der einschlägigen Bundesförderung gelten, gleichgültig welches Ressort die Verantwortung trägt. Es versteht sich schließlich von selbst, dass den Gefährdungen von Rechtsextremismus und Rassismus nur wirksam und nachhaltig durch einen allgemeinen Aufwuchs der entsprechenden Ressourcen über das gegenwärtige Maß hinaus und für alle genannten Bereiche begegnet werden kann.

Insofern ist mit dem in Rede stehenden Bericht des Kabinettsausschusses nach Ansicht des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) ein Schritt in die richtige Richtung getan worden. In der Konsequenz der bisherigen Erkenntnisse der beteiligten Ressorts müssen aber baldmöglichst weitere Schritte folgen.

Für den Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.



Barbara Menke

Vorsitzende